

1. Sprecher: Daniel Dejcman
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

☎ 0228 - 737033
☎ 0157 - 38321710
✉ sp@uni-bonn.de

Bonn, den 23. Juni 2017

Beschlussausfertigung: Stellungnahme Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Das XXXIX. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner 7. ordentlichen Sitzung vom 21. Juni 2017 mehrheitlich den angehängten Antrag der Fraktion der Juso-HSG bezüglich einer Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beschlossen.



Daniel Dejcman
- Erster SP-Sprecher –

Anlage
Beschlossener Antrag



Antrag der Fraktion der Juso-HSG

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament Bonn spricht sich gegen die geplante Wiedereinführung von Studiengebühren für Nicht-EU-AusländerInnen aus.

Wir bitten alle Bonner Landtagsabgeordneten, dieses Votum im Namen der Studierenden der Universität Bonn zur Kenntnis zu nehmen und fordern Sie auf, dem Vorhaben entgegenzutreten.

Das SP-Präsidium wird aufgefordert, diesen Beschluss an alle Bonner Landtagsabgeordneten weiterzuleiten.

Begründung:

Studiengebühren treffen in jedem Fall vor allem jene, die aus Elternhäusern kommen, die sich eine zusätzliche Zahlung von bis zu 1500 Euro im Semester nicht leisten können. Das ist bei ausländischen Studierenden nicht anders als bei inländischen. Ausländische Studierende, die sich für ein Studium, ggf. auch für eine berufliche Zukunft in unserem Land interessieren, werden durch Studiengebühren abgeschreckt. Im schlimmsten Falle starten jene verschuldet ins Berufsleben, die ohnehin aus wirtschaftlich schwächeren Elternhäusern stammen. Ein Migrationshintergrund erschwert diese Situation zusätzlich.

Bonn hat in den letzten Jahren viel daran gesetzt, als internationaler (UN-)Standort verstanden und gesehen zu werden. Das Vorhaben von CDU und FDP läuft dem evident zuwider. Es steht zu befürchten, dass die Universität Bonn im internationalen Ansehen geschwächt wird und an Attraktivität verliert. Ein geringerer kultureller Austausch trifft dabei auch inländische Studierende bzw. solche, die von Studiengebühren befreit sind.

Insgesamt steht der wirtschaftliche Nutzen in keinerlei Zusammenhang zum angerichteten Schaden. Die strukturellen Probleme der Universitäten in NRW können durch Zahlungen einiger weniger nicht gelöst werden. Zudem kann nicht vorhergesagt werden, wie viele ausländische Studierende sich nach Umsetzung der Pläne tatsächlich noch für ein Studium in NRW interessieren, d.h. der prognostizierte Gewinn beruht auf der subjektiven Einschätzung einer Landesregierung, die dieses Vorhaben umgesetzt sehen möchte.

Die Studierenden der Universität Bonn empfinden ausländische Studierende - ob aus EU oder Nicht-EU-Staaten, ob hier geboren oder im Ausland - mehrheitlich als Bereicherung für ihr Studium, ihren Alltag, den kulturellen Austausch an der Universität Bonn. Wir sehen keinen Anlass für eine Unterscheidung nach Nationalität oder Herkunft. Wir wünschen uns, für alle jungen Menschen gleichermaßen attraktiv zu bleiben und sehen die geplante Wiedereinführung von Studiengebühren für Nicht-EU-AusländerInnen als Schritt in die falsche Richtung.

Für die Fraktion der Juso-HSG:

Jona Breitbach

Carina Peckmann